Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue de Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 116. [32. Jahrgang.] Berlin, Donnerstag den 9. März 1893, Abends. [32. Jahrgang.] Nr. 116.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das Übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 9. März.

Die Besprechung des Etats der Reichspostverwaltung im Reichstage hat diesmal dadurch eine besondere Signatur erhalten, daß in die anfänglich durchaus sachlich begonnene Debatte von demokratischer Seite ein heftiger Angriff auf den Leiter unseres Postwesens hineingeworfen war.

Inzwischen hat die demokratische Presse eine Reihe „geharnischter" Artikel nach der Melodie „Auf den Trümmern des Ruhms" — eine Probe haben wir schon aus der „Voss. Ztg." zitirt — an dieselbe Adresse gerichtet, so daß man, nachdem der Worte Streit für dieses Mal vorbei, wohl fragen darf, was denn eigentlich der Grund dieser Attacke gewesen ist.

Daß unsere Post- und Telegraphenverwaltung mustergültig ist, so mustergültig wie eine menschliche Einrichtung eben sein kann, gilt bisher für eine ausgemachte Sache, wobei es ganz gleichgültig war, zu welcher politischen oder sonstigen Parteirichtung der Beurtheiler gehörte. In diesem Punkte waren Alle einig, und gerade von links ist das Lob und der Ruhm des Herrn Generalpostmeisters Dr. von Stephan so oft und so laut gepriesen worden, daß sich ängstliche Gemüther zuweilen gefragt haben mögen, ob dies nicht an anderen Stellen schaden möchte. Solche Besorgniß war bisher ohne jeden Hintergrund; nun aber hat man jetzt erst ganz neuerdings auf jener Seite entdeckt, daß unsere Postverwaltung „stagnire". Da man diese Behauptung angesichts der sehr beredten Zahlen der alljährlich wiederkehrenden Poststatistik in keiner Weise zu erhärten vermochte, so mußte ein anderes Beweismittel herhalten, der Postassistenten-Verband nämlich, oder vielmehr die zu demselben seitens der Postverwaltung eingenommene Haltung.

Wegen dieses Assistentenverbandes hat der demokratische Theil der Presse schon lange das Reichspostamt befehdet, und der ja auch dort das Wort führende Abg. Vollrath glaubte an das, was er dort geschrieben und gelesen, und brachte es in einer langen und widerspruchsvollen Rede gegen den Herrn Staatssekretair im Reichstage vor. Die auf diese Rede seitens des Letzteren ertheilte Antwort kennen unsere Leser aus dem parlamentarischen Bericht, und deren Erfolg kann dahin zusammengefaßt werden, daß Herr Vollrath die volle Unterstützung zweier sozialdemokratischer, eines antisemitischen und eines christlich-sozialen Redners fand, während einer seiner Parteigenossen doch nur mit einigen Wenn und Aber seinen Spuren folgte.

Ging selbst Herr Bebel nur so weit, im nächsten Jahre, falls der Herr Staatssekretair sich nicht bessern sollte, demselben ein Mißtrauensvotum ertheilen zu wollen, so haben die Reden der Abgg. von Keudell, v. d. Schulenburg-Beetzendorf — der den von seinem Fraktionskollegen Stöcker dem demokratischen Angriff gespendeten Beifall für dessen Privatmeinung erklärte, welcher diejenige der konservativen Partei direkt entgegensteht —, und schließlich die Reden der Abgg. Dr. v. Marquardsen und Dr. Lingens bewiesen, daß trotz mancher Wünsche im Einzelnen auch im Reichstage das Vertrauen zu unserer Postverwaltung und deren Leiter zu festgewurzelt ist, um durch solche Angriffe erschüttert zu werden.

Uebrigens haben die Herren von links gänzlich vergessen, und die ihren Spuren folgende oder in diesem Falle vielmehr vorausgeeilte Presse hat es ebenfalls nicht bedacht, daß die Post das Interesse des Gesammtpublikums vertritt, daß jeder deutsche Reichsbürger sich der Dienste derselben bedient und somit persönlich an der Sache betheiligt ist, d. h. daran, daß die wichtige Beamtenklasse der Postassistenten nicht einer Agitation zum Opfer fällt, welche theils die Disziplin lockern will, theils die sich ihr Verschließenden in mancherlei Gefahren bringt; wie das ja der Herr Staatssekretair im Reichstage des Näheren auseinandergesetzt hat.

Bei der Gegnerschaft gegen den Assistentenverband handelt es sich in der Hauptsache darum, daß die Postverwaltung nicht zugeben kann, wenn unzufriedene Elemente, die es ja in jeder Berufssphäre immer geben wird, die Erziehung des jungen Nachwuchses in die Hand zu nehmen beanspruchen. Und wenn nicht die Postverwaltung auch in diesem Stücke die Interessen des gesammten Publikums wahrzunehmen hätte, so wäre es für Herrn Dr. v. Stephan vermuthlich viel bequemer, die Hände ruhig in den Schooß zu legen und den Dingen, die sich in seiner Verwaltung abspielen, mit philosophischer Gemüthsruhe zuzusehen.

Schade ist es, daß im Reichstag nicht neben den Verfechtern der staatsbürgerlichen und sonstigen Rechte der postalischen Jugend auch einige Väter von Postleuten oder -Assistenten zum Wort gekommen sind; vermuthlich hätten die Letzteren der Postverwaltung Dank dafür gewußt, daß dieselbe bemüht ist, einen in besten Sinne erzielenden Einfluß auf den jugendlichen Nachwuchs ihrer Beamtenschaft zu üben, die Erziehung ihrer Söhne vollenden zu helfen.

Was den Postassistentenverband anbetrifft, so umfaßt derselbe nur eine einzelne Klasse der Postbeamten, und obenein von dieser wesentlich nur das jüngere Element; er will deren Interessen gegen diejenigen der anderen Klassen der Postbeamten aussprielen, führt also Klassenegendsätze, anstatt sie zu verhüten, und befördert die Mißgunst in einer Beamtenschaft, auf deren Gefühl der Gemeinsamkeit in der Berufserfüllung sehr viel ankommt.

Will der Verband seine Zwecke erreichen, so muß er die Disziplin lockern, die Autorität untergraben, wofür schon der schlagende Beweis in den Fällen der Verletzung des Amtsgeheimnisses liegt, für welche die Kritiker des Reichspostamtes im Reichstage kein Wort der Mißbilligung hatten.

Ferner erweckt der Assistentenverband bei seinen Mitgliedern Hoffnungen auf eine Karriere, die ihnen nach dem Reglement nicht offen steht, wovon sie aber bei ihrem Diensteintritte volle Kenntniß haben. Spätere Enttäuschungen können also nicht ausbleiben, was gewiß der freudigen Diensterfüllung zum Vortheile nicht gereichen kann.

Eine der wesentlichsten Gefahren für die Mitglieder des Verbandes beruht aber darin, daß ihnen derselbe ohne entsprechende Leistung pekuniaire Opfer auferlegt, wodurch sie leicht in ungeordnete finanzielle Verhältnisse verwickelt werden können. Außerdem aber ist der Verfall des Assistentenverbandes vorherzusehen, sowohl wegen der erkennbar schwierigen Finanzlage desselben, als wegen des Mangels an Haltung und Autorität im Vorstande. In letzterer Beziehung ist bezeichnend, wenn ein Vorstandsmitglied, ein entlassener Postassistent Fuhrmann, mehrfach eigenmächtig und ohne Vorwissen der übrigen Vorstandsmitglieder im Namen des Verbandsvorstandes öffentliche Erklärungen in der Presse erlassen hat, welche die Postverwaltung, also die vorgesetzte Behörde der den Verband bildenden Assistenten, in nicht nur ungerechtfertigter, sondern auch durchaus disziplinwidriger Weise angriffen.

Wie man es nun bei den gegen die Postverwaltung gerichteten Reden mit dem Sachverhalt nicht immer ganz genau genommen hat, so auch bei den auf diese Reden gefolgten Artikeln. Z. B. legt derjenige der „Voss. Ztg." dem Herrn Staatssekretair die Worte in den Mund: „die Postassistenten können mich nicht beleidigen", während er davon sprach, eine gewisse Presse könne es nicht thun.

Auf den vermeintlichen „Trümmern seines Ruhmes" kann es übrigens der Herr Staatssekretair noch eine gute Weile aushalten. So lange er solche Reden zu halten vermag, wie diejenige, in welcher er die riesige Thätigkeit seiner Verwaltung auf dem Gebiete der Entwickelung des Fernsprechwesens schilderte, und so lange die Poststatistik über die „Stagnation" der Postverwaltung so beredte Zahlen liefert, wie wir sie dem soeben im Reichstage verhandelten Etat entnehmen wollen:

	1876	1891
Beförderte Postsend. Werthbetr. der Geldsendungen	1 103 Mill.	2799 Mill.
	14 237 Mill. ℳ	20 681 Mill. ℳ
Geldumsatz im Anweisungs-, Auftrags- und Nachnahmeverfahren . .	1 753 Mill. ℳ	4 769 Mill. ℳ
Tägliche Postverbindungen auf Eisenbahnen .	3 065	7 234
auf Landstraßen .	5 902	14 385
von d. Posten zurückgelegte Kilometer .	130 Mill.	219 Mill.
Beförd. Telegramme	10½ Mill.	27 Mill.
Länge d. Telegraph.-Linien	38 790 Kilom.	95 339 Kilom.
Länge d. Telegraph.-Leitungen	142 883 Kilom.	334 575 Kilom.
Postanstalten	6 664	23 999
Telegraphenanstalten	2 532	12 124
Kopfzahl d. Personals	60 330	131 317
Etatsmäßige Jahres-einnahme	117 Mill. ℳ	232 Mill. ℳ,

so lange werden die „Trümmer seines Ruhmes" dem Herrn Generalpostmeister keine Sorgen bereiten können.

In der heutigen (62.) Plenarsitzung des **Reichstages** wurde, wiederum vor sehr schwach besetzten Bänken, in die zweite Berathung des Militäretats eingetreten. Beim Gehalt des Kriegsministers bringt Abg. Dr. Buhl die Schädigung von Handels- und Gewerbetreibenden durch die Offiziersvereine zur Sprache. Generalmajor v. Funk erklärt, daß die Militärverwaltung der Ansicht sei, daß seitens der Vorgesetzten grundsätzlich jede Beeinflussung der Offiziersvereine resp. Waarenhäuser zu vermeiden sei. Abg. Lingens bittet um Auskunft über das Schicksal der vom Reichstage am Schluß der vorigen Session über den sonntäglichen Gottesdienst in der Armee und in der Marine beschlossenen Resolution und bringt weitere auf diesem Gebiete liegende Wünsche vor. Kriegsminister von Kaltenborn-Stachau verliest die bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, aus denen hervorgehe, daß allen irgend berechtigten Anforderungen genügt werde und daß der Besuch des Gottesdienstes durch die Soldaten von der Militärverwaltung gefördert werde. Abg. Richter stellt die Anfrage, aus welchem Etatstitel das Kriegsministerium die Kosten entnehme für die weitverzweigte Preßagitation für die Militärvorlage. Der Kriegsminister entgegnete, daß die Kriegsverwaltung für den betreffenden Zweck nicht einen Nickel ausgebe, auch aus den geheimen Fonds keinen Nickel für die behauptete Agitation verwendet werde. Daß Major Keim — was Vorredner erwähnt hatte — zum Auswärtigen Amte kommandirt sei, wisse er; neu — sei ihm nicht bekannt. (Heiterkeit). Abg. Bebel bringt Beschwerden über sogen. schwarze geheime Listen vor, in welchen beim Eintritt in die Armee die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei behufs besonderer Kontrolle aufgeführt würden. Auch von den militärischen Werkstätten würden die sozialdemokratischen Arbeiter ausgeschlossen, wenn sie nicht einen Revers unterschrieben, daß sie der Sozialdemokratie nicht angehören. In solcher unwürdigen Zwangslage könne man den Arbeitern nur rathen, zu heucheln und zu lügen. Abg. Roesicke wünscht, daß dem Militair der Besuch von Lokalen und Brauereien nicht schon deshalb verboten werde, weil in denselben sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden. Wie die Sache jetzt gehandhabt werde, seien die Wirthe in einer sehr schwierigen Lage. Mindestens müsse das Verbot überall gleichmäßig zur Anwendung kommen. Der Redner geht eingehend auf die sozialdemokratischen Boykotts ein, unter denen die kleinen und mittleren Brauereien besonders leiden. Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau tritt bei Schluß des Berichts den Ausführungen des Abg. Bebel entgegen.

In der heutigen (49.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde zunächst die Vorlage, betr. die Aufhebung der Frankfurter Medizinalordnung, debatteles in dritter Lesung angenommen. Sodann setzt das Haus die dritte Etatsberathung mit dem Spezialetat der Justizverwaltung fort. Abg. Lerche (dfr.) zog den von ihm gestellten, im Morgenblatt mitgetheilten Antrag auf Vermehrung der Richterstellen zurück, um den Abschluß der Etatberathung nicht zu verzögern. Er behält sich vor, den Antrag als selbstständigen Antrag wieder einzubringen. Im Laufe der weiteren Berathung bringen die Abgg. Dr. Graf-Elberfeld (ntl.), Hollesen (ntl.), Schaffner (ntl.) lokale Wünsche wegen Errichtung von Justizgebäuden zum Vortrag. Vom Regierungstische her wird überall wohlwollende Berücksichtigung zugesagt. Abg. Lerche hat einige Wünsche in Bezug auf die Form der gerichtlichen Schriftstücke. Er wünsche zunächst das Datum oben am Beginne des Schriftstücks und Vermeidung des Pluralis in der Redeform, wenn das Schriftstück nur von einem einzelnen Beamten unterschrieben ist. Regierungskommissar Geh. Rath Bierbaus erwidert: Die Abfassung amtlicher Schriftstücke sei im Allgemeinen so sehr individueller Natur, daß eine generelle Regelung der Form dieser Schriftstücke nicht zu empfehlen sei. Für gewisse Schriftstücke, Urkunden und dergl. seien bestimmte äußere Formen bereits jetzt vorgeschrieben. Abg. Nadbyl (Zentr.) verlangt eine schleunige und möglichst sofortige Aufbesserung der Gehälter der Gerichtsassistenten. Geheime Rath Lehnerdt erwidert, daß die Sache sich doch nicht so leicht machen lasse und man auch eine einzelne Beamtenklasse nicht verweg nehmen könne, um die Gehälter zu regeln. Abg. Avenarius (dfr.) bittet um Besserstellung der Amtsanwalte. Regierungskommissar Geh. Rath Lukas bemerkt, daß die meisten Amtsanwalte diese Funktion im Nebenamte versehen; die Zahl derjenigen Amtsanwalte, die durch ihre Amtsfunktion voll beschäftigt werden, sei nur gering. Es würden in nächster Zeit mehrere Aenderungen auf diesem Gebiete vorgenommen und dabei auch die Anstellungsverhältnisse der Amtsanwalte geregelt werden. Abg. Schmidt-Marburg (Z.) schließt sich dem Wunsche Nadbyl's wegen Aufbesserung der Gerichtsassistenten an und bittet weiter, die Einführung der bedingten Bestrafung anzustreben. Abg. Frhr. von Heereman (Z.) regt die Frage der Ernennung von Vormündern an, bei denen nicht immer auf das Bekenntniß der Mündel Rücksicht genommen werde. Es sei ein Erlaß des Ministers ergangen, wonach zwar bei evangelischen Kindern evangelische Vormünder bestellt werden sollen; allein für katholische Kinder sei eine analoge Vorschrift nicht ergangen, obwohl sie auch hier nöthig sei. Justizminister Dr. v. Schelling ist im Prinzip mit dem Vorredner einverstanden. Der Anlaß, der zu dem erwähnten Reskript vorlag, betraf eine ganze Anzahl evangelischer Kinder. Hätte es sich um katholische Kinder gehandelt, so würde in gleicher Weise das Interesse ihrer Konfession berücksichtigt sein. Abg. v. Jazdzewski (Pole) bittet den Justizminister, seine Aufmerksamkeit in dem von ihm angedeuteten Sinne den unter Zwangserziehung gestellten Mündeln zuzuwenden. Hier kämen, namentlich in Polen, häufig die Fälle vor, daß katholische Kinder auf Betrieb evangelischer Vormünder evangelisch erzogen würden. Damit ist die Berathung des Justizetats beendet. Beim Etat des Ministeriums des Innern erwidert Minister Graf zu Eulenburg auf eine Anfrage des Abg. Korsch, daß bei der beworstehenden Vermehrung der Berliner Schutzmannschaft auf eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe dieser Beamten Bedacht genommen werden solle. Es bestehe die Absicht, dahin zu wirken, daß jeder Beamte den ersten Sonntag dienstfrei sei. Abg. Christen (frk.) äußert Wünsche in Bezug auf Eingelheiten einer Gemeindeordnung für Hessen-Nassau. Minister Graf zu Eulenburg glaubt nicht, daß alle diese Wünsche sich im Rahmen der Gemeindegesetzgebung werden regeln lassen; namentlich werde die strenge Unterscheidung zwischen kirchlichen und Gemeindeangelegenheiten in der Gemeindeverwaltung bedenklich sein. Die Abgg. Papendieck (dfr.) und Rickert (dfr.) erörtern den Fall der Nichtbestätigung des Kreisdeputirten Maul in einem ostpreußischen Kreise, und finden darin parteipolitische Stellungnahme des Ministers. Abg. Rickert weist außerdem darauf hin, daß gegenwärtig Kriegervereine, die sich mit Politik nicht beschäftigen sollen, Petitionen zu Gunsten der Militärvorlage an den Reichstag richten. Beim Schluß des Berichts nimmt Ministerpräsident Graf zu Eulenburg das Wort.

Eine am 4. d. M. in Flemmingen statt gefundene Versammlung von Landwirthen hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute hier tagende, zahlreich besuchte öffentliche Versammlung Altenburger Landwirthe spricht ihre Zustimmung zu den Bestrebungen des Bundes der Landwirthe aus, sie ist bereit, für die Sicherheit des Deutschen Reiches jedes Opfer zu bringen und ersucht den Reichstag,

„die Militärvorlage voll und ganz zu bewilligen".

Behufs der Erhaltung der Landwirthschaft aber, als der festesten Stütze des Staates, mag der Reichstag allen Handelsverträgen und Gesetzen, soweit sie die Landwirthschaft schwer schädigen, nicht zustimmen."

Die vom Telegraphen nur in kürzerem Auszuge mitgetheilte **russische Regierungskundgebung** zu den bulgarischen Vorgängen lautet nach der Uebersetzung des „St. Petersb. Herold" wörtlich folgendermaßen:

Die kaiserliche Regierung hatte wiederholt Gelegenheit gehabt, ihren Anschauungen über die Umwälzungen, die im bulgarischen Fürstenthume vor sich gehen, sowie über die Prinzipien, von denen sich die Machthaber zu Sofia, seit der Usurpation der fürstlichen Gewalt durch den Prinzen Ferdinand, in ihrer politischen Wirksamkeit leiten lassen, kund zu thun. Gegenwärtig, nachdem der Prinz Ferdinand von der Auslandreise zurückgekehrt, beabsichtigen die obenerwähnten Staatsleiter zur Zusammenberufung der großen Sobranje zu schreiten, um den Art. 38 des Statuts von Turnowa abändern zu lassen, durch welchen die orthodoxe Glaubensangehörigkeit des Fürsten von Bulgarien und seiner Nachkommenschaft, mit Ausnahme des ersten gewählten Fürsten, garantirt wird. Auf diese Weise wird ein Angriff auf eine der Grundlagen des bulgarischen Nationallebens und gegen den Volksglauben vorbereitet, welchem das bulgarische Volk in seiner Vergangenheit so viel zu danken hat.

Der angenommenen Regel unentwegt getreu, sich nicht in die Angelegenheiten der inneren Verwaltung des Fürstenthums einzumischen, will die kaiserliche Regierung die augenscheinlich parteiischen Beweggründe, durch die sich der Prinz von Koburg und die Machthaber in Sofia bei ihrem für Bulgarien selbst so betrübenden Entschlusse haben leiten lassen, keiner Prüfung unterziehen. Sie kann indeß, angesichts der sittlichen Bande, welche Rußland mit dem ihm glaubens- und stammverwandten bulgarischen Volke verknüpfen, nicht stumme Zeugin eines auf die Erschütterung der im Fürstenthume herrschenden Religion gerichteten Anschlages bleiben.

Unter der bulgarischen Bevölkerung ruft letzterer energischen Protest hervor.

Der bulgarische Exarch hat sich durch seine in Sofia gemachten Vorstellungen Mühe gegeben, die Regierung von Sofia zu veranlassen, von der in Aussicht genommenen Neuerung Abstand zu nehmen. Gleichzeitig stellte der Ehrw. Joseph den Antrag, aus diesem Anlasse die heilige Synode zusammenzuberufen. Allein die Helfershelfer des Prinzen von Koburg konnten sich selbstredend nicht dazu verstehen, die Entscheidung einer Frage von so großer Bedeutung dem Ermessen der Kirche anheimzustellen, und lehnten den Antrag ab. Der Protest des Exarchen hat nun aber trotz aller, gegen jegliche Aeußerung von Mißfallen an den antinationalen Bestrebungen der gegenwärtigen bulgarischen Machthaber ergriffenen Unterdrückungsmaßregeln, in sämmtlichen Schichten der Bevölkerung hymnetischen Widerhall gefunden. Fast sämmtliche Metropoliten Bulgariens billigten das Verhalten des Exarchen bei der bulgarischen Kirche und wünschten dem Ehrw. Joseph Erfolg in seinem gerechten Kampfe für den Volksglauben. Außer der Geistlichkeit sprachen sich verschiedene politische Persönlichkeiten, sowie bulgarische Preßorgane und viele Bürger gegen den in Aussicht genommenen Entwurf aus und riethen, auf dem gefährlichen Unternehmen nicht zu beharren.

In Anbetracht alles Obigen giebt die kaiserliche Regierung dem aufrichtigsten Wunsche Ausdruck, daß die laut gewordenen Stimmen der bulgarischen Geistlichkeit und loyal gesinnten Bulgarien als Warnung von sämmtlichen Bulgaren ohne Unterschied der Parteien beherzigt werden und die dem ganzen, sich die Bahnen der Lossagung von seinen uralten und heiligsten Ueberlieferungen zu betreten anschickenden Volke drohende Gefahr beseitigen möchten. Die kaiserliche Regierung ist überzeugt, daß die gegenwärtig in Aussicht genommene Umänderung des geistlichen und politischen Staatslebens des Fürstenthums unter keinen Umständen günstige Ergebnisse zeitigen kann, sondern nur durch inneren Zwiespalt und tiefe sittliche Verwirrungen zu unheilvollen Folgen in der Zukunft führen wird.

Zu der von uns ausdrücklich ohne Gewähr verzeichneten, durch die Blätter gegangenen Nachricht, der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Herr **v. Steinmann,** wolle von seinem Amte zurücktreten, wird uns von kompetentester Seite mitgetheilt, daß Exzellenz v. Steinmann bis heute „auch nicht den entfernteste Anlaß gefunden habe, seinen Rücktritt ins Auge zu fassen, und daß ihm der Gedanke daran einstweilen vollständig fern liegt." Nach Allem, was darüber vorliegt, ist nur anzunehmen, daß das gegentheilige Gerücht ein auf freier Erfindung oder willkürlichem Muthmaßen beruhendes ist.

Die, wie erwähnt, behufs Stellungnahme zur Militärvorlage anberaumte **Fraktionssitzung der Deutschfreisinnigen** hat gestern stattgefunden. Wie die „Freis. Ztg." berichtet:

„konstatirte am Schluß der Verhandlungen der Vorsitzende, daß nach dem Gesammteindruck der gepflogenen Verhandlungen kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Fraktion auf demselben Standpunkt stehe, wie der erste Beschlußrathung der Militärvorlage im Plenum. Auch wurden zwischen den Mitgliedern der Militärkommission Erklärungen gewechselt, welche einen übereinstimmenden Gang der Verhandlungen in der Kommission sichern."

Die Mehrheit der Nichtfreisinnigen Kommissions- resp. Fraktionsmitgliedern etwa vorhandene Sachverstandnißwird also in Zukunft zu schweigen haben. Da aber das „Berl. Tgbl." berichtet, die Debatte habe etwa drei Stunden gedauert, so muß doch wohl der „Fall" sehr schwierig gelegen haben.

In der Sachen an anderer Stelle erwähnten Berliner Korrespondenz der „Breslauer Ztg.", welche zu Gunsten des Richter'schen Standpunktes Herrn Hinze abkanzelte, war auch davon die Rede, es werde sich Niemand über das Verhalten des Herrn Hinze mehr wundern, als die freisinnigen Wähler; denn „es gebe heute in Deutschland kaum einen freisinnigen Verein von irgend einer Bedeutung, der nicht eine Resolution gegen die Militärvorlage an den Reichstag gelandt habe".

Dazu bemerkt recht boshaft die „Konservative Korrespondenz":

„Zu unserem Bedauern müssen wir den größten Theil der freisinnigen Vereine als ungehorsam „benunziren". Wie die uns vorliegenden neun Petitionsverzeichnisse ergeben, sind im Ganzen 26 freisinnige Resolutionen gegen die Militärvorlage eingegangen, darunter allein 6 aus Berlin, so daß aus dem ganzen Reiche nur einschließlich der aus Süddeutschland von der demokratischen Partei veranlaßten 4 oder 5 Resolutionen) 20 freisinnige Vereine die ihnen von der Zentralleitung auferlegte Schuldigkeit gethan haben."

Wenn dessenungeachtet noch gestern die „Vossische Zeitung" meinte:

„Vielmehr werden die Wähler über den Reichstag kommen wie Odysseus über die hundert Freier. Bei den nächsten Wahlen wird das Volk mit den Parteien Abrechnung halten, die ihre Grundsätze preisgegeben und ihre Versprechungen gebrochen haben. Wir erwarten, daß sich kein Abgeordneter der freisinnigen Partei bereit finden lassen wird, die Grundsätze preiszugeben, die ihm die Stimmen und das Vertrauen seiner Wähler verschafft haben"

so ist das nichts als eine volltönende Phrase. Denn „politische Grundsätze" kommen bei der Entscheidung über die in der Militärvorlage gestellten Fragen gar nicht in Betracht, es sei denn, daß die „Voss. Ztg." unterstellen wollte, es gäbe eine Partei, welche dem deutschen Volke die als nothwendig erkannte Rüstung grundsätzlich vorenthalten wollte. Hat doch schon vor Wochen die „Nation" des Abg. Dr. Barth die Parole ausgegeben, es handle sich bei der Militärvorlage nicht um eine politische, sondern um eine Quantitätsfrage.

Auf Antrag des Kommerzienraths Masson beschloß die **Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern** zu München am Montag einstimmig, an den Herrn Reichskanzler die Bitte zu richten, an der bisher eingeschlagenen Handelspolitik festzuhalten und, wenn möglich, den Handelsvertrag mit Rußland zu Stande zu bringen.

Das Provinzial-Wahlkomité der Nationalliberalen für Hannover erklärte am Sonntage bezüglich der **Militärvorlage** „gemäß der Haltung der nationalliberalen Partei zu den großen nationalen Fragen eine Verständigung der Regierung mit dem Reichstage in der Richtung der v. Bennigsen'schen Vorschläge für erwünscht".

In Mannheim sprach am Sonntag der Reichstagsabg. Dr. Diam vor einer außerordentlich stark besuchten Wählerversammlung, welche auf Vorschlag des Landtagsabg. Mittum einstimmig dem Wunsche Ausdruck gab, es möge eine Verständigung über die Vorlage im Reichstage erzielt werden.

Die bereits erwähnte, in Malstatt-Burbach abgehaltene, von fast 1000 Personen besuchte Bürgerversammlung begründete den von ihr zu Gunsten der vollen Durchführung der Vorlage gefaßten Beschluß durch folgende Thesen:

1. Die Durchführung des Reichsgesetzes, nach welchem jeder wehrfähige Deutsche in der Armee zu dienen hat, wird für nothwendig gehalten und als ein Akt der Gerechtigkeit anerkannt. 2. Eine Stärkung der Armee wird in dem Maße für erforderlich erachtet, daß diese der französischen Armee in der Leistungsfähigkeit und an Zahl im Kriege wie im Frieden überlegen ist. 3. Ohne die neuen finanziellen Opfer zu unterschätzen, welche durch solche Stärkung der Armee dem Volke aufzuerlegen sind, kann eine Ueberbürdung der Steuerzahler durch diese Opfer nicht anerkannt werden. 4. Das deutschen Volkes unwürdig würde es sein, wenn dasselbe durch seine Vertreter im Reichstage lediglich aus finanziellen Rücksichten und im Widerspruch mit den militairischen Autoritäten und den politischen Interessen des Reiches daran gehindert werden sollte, durch Stärkung der Wehrkraft sich den Frieden und den Bestand des Deutschen Reiches zu sichern.

Am Sonntag tagte in Neunkirchen eine sehr stark besuchte Wählerversammlung, in der Pfarrer Eydich und Dr. Füller als Redner auftraten, und beschloß einstimmig nachstehende von Letzterem beantragte Resolution:

„Die in einer Versammlung patriotisch gesinnter deutscher Männer zu Neunkirchen anwesenden, verschiedenen Parteien angehörigen Bürger halten die Annahme der im Reichstage eingebrachten Militärvorlage zur Erhaltung des Vaterlandes für nothwendig. Dieselben bitten den Reichstag auf das Dringendste, die Vorlage ohne jegliche Einschränkung zum Gesetz werden zu lassen. Für das deutsche Volk bedeutet die Erhöhung der Lasten in Anbetracht des ernsten Zweckes eine geringfügige Mehrbelastung. An der Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit der Steuerzahler ist nicht zu zweifeln."

Gleichzeitig sandte die Versammlung an den Vertreter des Wahlkreises, den Reichstagsabg. Frhrn. v. Stumm folgendes Telegramm:

„Die heute zahlreich versammelten Bürger von Neunkirchen und Umgebung sprechen ihrem verehrten Abgeordneten, Herrn Frhrn. v. Stumm-Halberg, ihren Dank aus für das nämliche Eintreten für die Militärvorlage. Die Versammlung nimmt herzlichen Antheil an Ihrer Erkrankung und wünscht zuversichtlich baldige Genesung."

In Trier beschloß eine Wählerversammlung eine Petition an den Reichstag zu richten, in der er gebeten wird, der Vorlage, so weit es die wirthschaftlichen Verhältnisse des Vaterlandes irgend gestatten, seine Zustimmung zu geben.

Am 15. d. M. tritt im Reichs-Justizamt eine Kommission von Sachverständigen und Interessenten zusammen, um den Entwurf eines **Binnenschifffahrtsgesetzes** gutachtlich zu erörtern.

Rundschau im Auslande.

Die heutigen **Pariser** Morgenblätter sagen über den gestrigen ersten Verhandlungstag in dem Panama-Bestechungsprozeß, das entschiedene Auftreten und gewisse Antworten des Angeklagten Charles Lesseps stellten Zwischenfälle in Aussicht, deren Folgen nicht abzusehen seien.

Ueber die von **russischer** Seite durch den mehrfach erwähnten Artikel des „Regierungsboten" nach Bulgarien gerichtete Mahnung lassen sich auch die heute vorliegenden St. Petersburger Blätter aus. Fast durchgängig in einer Weise, welche nicht viel abweicht von der Auffassung der „Nowoje Wremja", welche schreibt: Diese Mahnung erscheine gerade zur rechten Zeit in Hinblick auf die baldige Einberufung der großen Sobranje in Tirnowo behufs Abänderung des Art. 38 der Konstitution. Nach dieser Kundgebung könnten keine Mißverständnisse mehr obwalten. Bei ihrem früheren Prinzip der Nichteinmischung beharrend, erkläre die russische Regierung direkt dem bulgarischen Volke, daß eine solche Nichteinmischung durchaus nicht als stillschweigendes Einverständniß aufzufassen sei. Die bulgarische